

USA droht China mit CO₂-Zöllen

Washingtons Klimabeauftragter mahnt Peking und Neu-Delhi zur Kooperation bei Emissionsabbau · Volksrepublik verärgert

VON SABINE MUSCAT, WASHINGTON,
CHRISTIANE KÜHL, SCHANGHAI, UND
CHRISTIANE VON HARDENBERG, BERLIN

Die US-Regierung hat Ländern wie China und Indien mit der Einführung von CO₂-Importzöllen gedroht, sollten sie nicht bei der Reduzierung des Treibhausgasausstoßes kooperieren. „Je mehr der Eindruck entsteht, dass sich die großen Länder dagegen (die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes) stemmen oder nicht bereit sind, ihre Bemühungen zu verstärken, desto größer wird der Druck im Kongress sein“, sagte der Klimabeauftragte der US-Regierung, Todd Stern, der Financial Times. Die Regierung in China betrachtet diese Art von Zöllen als Handelsprotektionismus und weist sie daher vehement zurück.

Sterns Äußerungen kommen zu einem Zeitpunkt, an dem sich die Chinesen ohnehin schon von der amerikanischen Politik benachteiligt fühlen. Erst Anfang der Woche kam es zu Verwerfungen, weil die USA die Einfuhr von chinesischen Autoreifen mit Zöllen in Höhe von bis zu 35 Prozent belegt hatten. Die Chinesen kündigten daraufhin an, bei der Welthandelsorganisation (WTO) Beschwerde einzulegen.

Die Verstimmungen sind umso brisanter, als die Regierungsvertreter beider Länder bei dem Gipfeltreffen der führenden Industrie- und Schwellenländer (G20) kommende Woche im amerikanischen Pittsburgh aufeinandertreffen werden. Auf der Tagesordnung werden dort neben Handels- auch Klimafragen stehen.

Im Zentrum der chinesischen Kritik steht der American Clean Energy and Security Act, den das Repräsentantenhaus am 26. Juni verabschiedet hatte, der aber noch durch den Senat muss. Das Gesetz sieht ab 2020 eine „Grenzsteuer“ für die Einfuhr energieintensiver Produkte vor, wenn das exportie-

rende Land seinen Unternehmen bis 2018 nicht ähnliche Klimaschutzauflagen gemacht hat wie die USA.

Solche Zölle verstießen gegen Regeln der WTO, sagte Chinas Vize-Finanzminister Zhu Guangyao. Auch Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy hatte kürzlich eine CO₂-Steuer für Importe in die EU ins Spiel gebracht, wonach die Konsumenten für die bei der Produktion entstandenen Emissionen zahlen müssen. „Wir hoffen, dass bestimmte Länder von diesen Steuern absehen, da sie keine Vorteile daraus ziehen werden und die Interessen anderer Länder verletzen“, sagte Zhu. China ist in absoluten Zahlen der größte Emittent von Treibhausgasen, liegt beim Pro-Kopf-Ausstoß aber deutlich unter den USA und Europa.

Chinesische Experten denken daher bereits über Gegenreaktionen nach. Fan Gang, Direktor des unabhängigen China National Eco-

conomic Research Institute und einflussreicher Berater der Zentralbank, schlug etwa eine eigene chinesische CO₂-Steuer vor. Da die WTO verbietet, zweimal die gleiche Steuer auf dieselben Waren zu erheben, könnten damit die USA Chinas Exportprodukte nicht mit einer

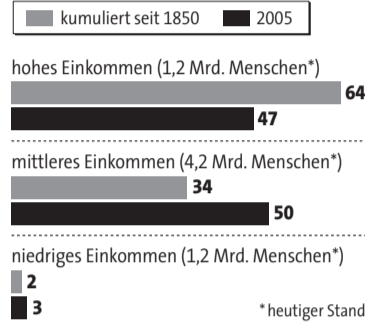
CO₂-Steuer oder CO₂-Zöllen belegen. „Dann blieben die Steuereinnahmen auf Exportprodukte wenigstens in China“, sagte Fan der Parteizeitung „China Daily“.

Auch in den USA ist die im Kongress diskutierte Form des „Klimaprotektionismus“ umstritten – nicht nur bei Freihandelsbefürworter, sondern auch unter Umweltgruppen, die fürchten, dass der Passus einen Erfolg auf dem Klimagipfel in Kopenhagen im Dezember erschweren könnte.

Dazu kommt, dass die Einführung von national verbindlichen Reduktionszielen für die Emission von Treibhausgasen und die Einführung eines Emissionshandelsystems in den USA selbst noch auf der Kippe steht. Die Verhandlungen über ein Klimaschutzgesetz im Senat haben sich auf unbestimmte Zeit verzögert.

Reich und schmutzig

Anteil der Ländergruppen an den weltweiten CO₂-Emissionen im Bereich Energieproduktion, in %



* heutiger Stand
FTD/np, Quelle: Weltbank

WWW.FTD.DE/HANDELSKRIEG
Klimaschutz als Deckmantel

Libyen eröffnet Uno-Vollversammlung



Mit einem Aufruf zur weitreichenden Reform der Vereinten Nationen hat der libysche Afrikaminister Ali Treki die 64. Uno-Vollversammlung eröffnet. Er sprach sich dafür aus, den Sicherheitsrat zu vergrößern und gerechter zu besetzen. Zudem müsse die Vollversammlung gestärkt werden. „Die Vereinten Nationen müssen wieder internationale Legitimität gewinnen, damit ihre Stimme gehört und ihre Resolutionen befolgt werden“, sagte Treki vor Vertretern der 192 Mitgliedsländer. Derzeit sind nur die Resolutionen des von den Vetomächten beherrschten Sicherheitsrats bindend. Für die afrikanischen Länder forderte der neue Präsident einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat. Obwohl Afrika aus 53 Staaten bestehe, sei es nicht in dem höchsten Gremium vertreten. Gleiches gelte für Lateinamerika und die Gruppe der kleinen Länder. Der frühere Uno-Botschafter war im Juni für ein Jahr zum neuen Präsidenten der Vollversammlung gewählt worden. Die Afrikaner hatten turnusmäßig das Vorschlagsrecht. DPA

Chinesische Polizei nimmt Terroristen fest

Die Polizei in der Unruheregion Xinjiang in Nordwestchina hat eine „Terrorbande“ ausgehoben, die Anschläge geplant haben soll. Bei Razzien in Orten der Stadt Aksu seien sechs Verdächtige festgenommen worden, berichtete gestern die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua. Auch große Mengen Materialien und Werkzeuge zum Bau von Sprengsätzen seien sichergestellt worden. Nach den Unruhen Anfang Juli habe die Bande mehr als 20 Sprengsätze gebastelt. Bei den Ausschreitungen von Angehörigen der muslimischen Minderheit der Uiguren gegen Chinesen und folgenden Racheakten waren rund 200 Menschen ums Leben gekommen. Anfang September kamen bei neuen Zwischenfällen in Ürümqi nach amtlichen Angaben fünf Menschen ums Leben. Nach den Ermittlungen sprachen die Behörden nun erstmals von sieben uigurischen Banden, die hinter Übergriffen gesteckt haben sollen. DPA

Neuer Regierungsauftrag für Hariri im Libanon

Der libanesische Präsident hat gestern zum zweiten Mal in drei Monaten Saad al-Hariri als Regierungschef nominiert. Der Nominierung ging eine Abstimmung des Parlaments voraus, bei der sich eine Mehrheit der Abgeordneten hinter Hariri stellten. Erst vergangene Woche hatte dieser nach einer gescheiterten Regierungsbildung seinen Verzicht auf den Posten erklärt. Schon nach den Wahlen im Juni war es ihm nicht gelungen, ein Kabinett der nationalen Einheit unter Einbeziehung der islamistischen Hisbollah aufzustellen. Präsident Suleiman musste nach der neuerlichen Abstimmung aber den Auftrag erteilen. Ein Kompromiss zwischen dem sunnitischen Politiker Hariri, der von den USA und Saudi Arabien unterstützt wird, und seinen Rivalen ist dennoch nicht in Sicht. Vor allem möchte Hariri den politischen Forderungen des Oppositionsführer Michel Aoun, einem Verbündeten der schiitischen Hisbollah, nicht nachgeben. REUTERS

Hardliner drängen Rafsandschani an Rand

Das iranische Establishment hat die Opposition davor gewarnt, die Feierlichkeiten zum diesjährigen „Jerusalem-Tag“ für Demonstrationen zu nutzen. Es entzog nach staatlichen Medienberichten dem früheren Präsidenten Akbar Haschemi Rafsandschani die Predigt zu der Veranstaltung am Freitag, die mit dem Ende des Fastenmonats Ramadan zusammenfällt. Stattdessen wird ein Gefolgsmann von Präsident Mahmud Ahmadinedschad die Predigt halten. Rafsandschani hat seit Jahren die Rede zum Kuds-Tag gehalten, an dem die Iraner in Kundgebungen ihre Solidarität mit den Palästinensern ausdrücken. AP, FTD

Machtwechsel in Japan

Amtseinführung Sein größter Gegner ist die Bürokratie, aber der erste Tag im Amt von Japans neuem Ministerpräsidenten Yukio Hatoyama (erste Reihe Mitte) zeichnete sich nicht gerade durch neue Lockerheit aus. Wie eine Gruppe Konfirmanden posierten er und sein Kabinett nach ihrer ersten Sitzung für die Fotografen. Zuvor hatte das Parlament erwartungsgemäß mit der Mehrheit von Hatoyamas Demokratischer Partei (DPJ) den 62-Jährigen zum Regierungschef gemacht. Hatoyama kündigte an, dass er außenpolitisch zunächst eine vertrauensvolle Beziehung zu US-Präsident Barack Obama aufbauen wolle. Innenpolitisch gab sich der neue Regierungschef kämpferisch: „Jetzt ist die Zeit, um Politik zu machen, die nicht von Bürokraten kontrolliert wird.“ Später versank er jedoch in Demut. Vom japanischen Kaiser Akihito (u. l.) nahm Hatoyama unter den Augen seiner Vorgängers Taro Aso (u. M.) eine Urkunde entgegen. Hatoyama hatte die DPJ Ende August zu einem historischen Sieg bei der Wahl zum Unterhaus geführt. Damit beendete er die mehr als 50 Jahre fast ununterbrochen andauernde Regierung der Liberaldemokratischen Partei. DPA, FTD



Gnade vor Recht

Deutsche Juristen unterstützen Kolumbien bei der Aufarbeitung des Bürgerkriegs. Die Arbeit ist hoch umstritten: Viele Mörder kommen mit milden Strafen davon

MATTHIAS KNECHT

Einige Opfer wurden vor den Augen ihrer Angehörigen zersägt. Andere verschwanden auf Nimmerwiedersehen oder wurden auf offener Straße erschossen: Die Gewalttaten, mit denen Andreas Forer bei seiner Arbeit konfrontiert wird, sind selbst für einen erfahrenen Juristen erschütternd. Geschehen sind sie im jahrzehntelangen Bürgerkrieg in Kolumbien. Der deutsche Anwalt Forer unterstützt die Staatsanwaltschaft des südamerikanischen Landes im Auftrag des Auswärtigen Amts bei der Aufarbeitung dieser Verbrechen.

Trotz der Grausamkeiten, mit denen er konfrontiert wird, spricht Forer mit Begeisterung von seiner Arbeit. Für sechs Wochen wollte der Berliner nach Kolumbien reisen. Drei Jahre ist er bisher geblieben. Die Staatsanwälte in der Haupt-

stadt Bogotá hätten ihn mit offenen Armen empfangen, erzählt Forer. So fand sich der Strafrechtsexperte mitten in einer juristischen Großoffensive wieder, die bis heute andauert und Kolumbien erschüttert. Rechtsgerichtete paramilitärische Milizen, marxistisch inspirierte Guerillas und auch die staatlichen Sicherheitskräfte haben Tausende von Morden und unzählige Massaker verübt, dazu Millionen von Menschen vertrieben. All das soll nun aufgearbeitet werden, um eine Grundlage für Versöhnung und langfristigen Frieden zu schaffen.

Aktenkundig wurden bisher Aussagen von 600 Tätern, mehrheitlich ehemalige Paramilitärs, die mehr als 22 000 Morde gestanden oder denunzierten. Ans Licht kamen Taten der Motorsäge zerstückelten und mit den Köpfen der Leichen Fußball spielten. Weitere 2700 ehemalige Kämpfer haben sich zur Aussage bereit erklärt, wurden aber noch nicht verhört.

Unterstützt wird Kolumbiens Justiz von einem 15-köpfigen Team unter der Leitung Forers. „Wir versuchen, den Friedensprozess zu beschleunigen“, erklärt Forer die Mis-

sion. Sein Team sorgt etwa für schnellere DNA-Analysen bei den bisher mehr als 2000 gefundenen Leichen. Und es achtet vor allem darauf, dass die Staatsanwälte nicht den Blick fürs Ganze verlieren. „Es geht um Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Mit klassischen Ermittlungsmethoden kommt man da nicht weiter“, sagt Forer.

Ungewöhnlich ist bereits das Gesetz „Gerechtigkeit und Frieden“, auf dem die Aufklärung beruht. Denn es gewährt eine großzügige Teilamnestie für reumütige Kämpfer. Selbst Massenmörder erhalten reduzierte Strafen von höchstens acht Jahren Gefängnis. Voraussetzung sind ein lückenloses Geständnis und Entschädigung der Opfer.

„Das Gesetz ist ein neuartiges und außergewöhnliches Instrument, um Versöhnung und Frieden zu erreichen“, sagt Ex-Generalstaatsanwalt Mario Iguarán, der bis zu seinem Ausscheiden aus dem Amt Ende Juli die Ermittlungen leitete. Überrascht habe ihn der Ansturm aussagewilliger Täter: „Es sind Verbrechen ans Licht gekommen, von denen wir keine Ahnung hatten.“ Der Direktor der regierungsunabhängigen kolumbianischen Juristenkommission, Gustavo Gallón, kritisiert die Amnestie

dagegen: „Dieses Gesetz schafft Ungerechtigkeit und ignoriert die Rechte der Opfer. Das ist kein Friedensprozess und auch kein Prozess der Gerechtigkeit.“

„Es ist extrem schwer zu vermitteln, dass die Täter jetzt mit maxi-

Licht und Schatten

Gerechtigkeit Ein Erfolg des Amnestiegesetzes für geständige Kämpfer ist die Aufdeckung der „Parapolitik“ in Kolumbien. Paramilitärs offenbarten, dass Politiker die Hilfe von Milizen suchten, um Kritiker einzuschüchtern oder aus dem Weg zu räumen. Die Staatsanwälte ermitteln jetzt gegen mehr als 100 Parlamentarier und weitere Politiker, darunter enge Mitarbeiter des Staatspräsidenten.

Gewalt Nicht verhindern konnte das Gesetz, dass die Gewalt weitergeht. Menschenrechtler Gustavo Gallón schätzt, dass noch 10 000 paramilitärische Kämpfer aktiv sind. So wurden etwa im vergangenen Jahr Amnesty International zufolge 380 000 Menschen in Kolumbien gewaltsam von ihrem Land vertrieben.